

Anti-Hartz-Bündnis NRW zum Internationalen Frauentag, 8. März 2004:

Perspektive für die Frauen:

Weg mit den Minijobs! – Her mit 30 Stunden-Woche und 10 Euro Mindestlohn!

Traditionell steht der 8. März als Internationaler Frauentag für den Kampf der Frauen um „Brot und Rosen“. In dieser Formel steht „Brot“ für:

- Recht auf Arbeit
- Gerechte Entlohnung
- Gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen
- Menschgerechte Arbeitsbedingungen
- Berufliche Entfaltung und Fortentwicklung
- Eigenständige soziale Sicherung für die Frau

Diese Ansprüche gehören jedes Jahr zum 8. März aus der Sicht der Frauen auf den Prüfstand. Dieses Jahr wird besonders deutlich mit den Hartz – Gesetzen wird kein Fortschritt sondern ein Rückschritt für die Frauen erreicht.

Die Hartz-Gesetze folgen dem Leitbild der patriarchalen Ernährerfamilie mit männlichem Haupt- und weiblichem Zuverdiener und treiben dadurch Frauen in neue Abhängigkeiten. Dies entspricht genau dem politischen Willen der Bundesregierung, denn Kanzler Schröder äußerte bereits 1998 in einer Regierungserklärung, dass er die „Erwerbsneigung der Frauen auf ein normales Maß zurückführen“ wolle.

Besonders frauenfeindlich wirkt sich die Förderung der sog. Minijobs aus. Hier arbeiten derzeit mehr als 5,5 Millionen Menschen, über 70% von ihnen sind Frauen, und die Mehrzahl von ihnen verfügt über keine andere Einkommensquelle.

Die Bundesregierung wertet den Anstieg der sog. Minijobs um 930.000 seit 1.4.03 als Schaffung neuer Arbeitsplätze und als Erfolg der Hartz-Gesetze. Bei genauer Betrachtung wird deutlich: Die überwiegende Mehrzahl der neuen Minijobs wird von Menschen in Anspruch genommen, die bereits einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen. Nur 79.000 Stellen wurden neu geschaffen. Vielerorts berichten Frauen davon, dass Minijobs durch Umwandlung von Halbtagsstellen entstehen. Frauen verlieren dabei ihre sozialversicherungspflichtige Tätigkeit und werden in die prekäre Beschäftigungen abgedrängt. Davor können sie sich überhaupt nicht mehr schützen, denn die gesetzlichen Regelungen sehen zukünftig vor, dass bei Arbeitslosigkeit jeder Arbeitsplatz, also auch ein Minijob angenommen werden muss.

Die Gegenwart der in Minijobs tätigen Frauen steht für Niedriglohn, fehlende soziale Sicherung, Armut trotz Beschäftigung und materielle Abhängigkeit von einem Partner - in der Zukunft erwartet sie die Altersarmut.

Gegen diese frauenfeindliche Politik eröffnet die Forderung des Anti-Hartz-Bündnisses NRW nach 30 Stunden Wochenarbeitszeit und 10 Euro Mindestlohn den betroffenen Frauen eine Perspektive für eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und ein menschenwürdiges Leben heute und im Alter, ganz im Sinne der Tradition des 8. März.